

Sachdokumentation:

Signatur: DS 131

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/131



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



BRÜCKEN

STATT MAUERN

#SAFEPASSAGE

**STOPPT DIE HUMANITÄRE KATASTROPHE
AN DEN RÄNDERN EUROPAS!**

Resolution Vorstand GRÜNE Schweiz
BERN, 19. MÄRZ 2016

Waisenhausplatz 21
3011 Bern, Schweiz
T +41 31 312 66 60, F +41 31 312 66 62

#SAFEPASSAGE

STOPPT DIE HUMANITÄRE KATASTROPHE AN DEN RÄNDERN EUROPAS!

Der Vorstand der Grünen Schweiz diskutierte an seiner Sitzung vom 19. März 2016 in Bern die europäische Asylpolitik und fordert den Bundesrat auf, alles in seiner Macht stehende zu tun, um die humanitäre Katastrophe an den Rändern Europas aufzuhalten. Er kritisiert den EU-Flüchtlingsdeal scharf.

Die unerträglichen Bilder aus den Flüchtlingslagern in Griechenland zeigen, dass Stacheldraht, Polizei und Tränengas keine Antwort auf das Leid der Bürgerkriegs- und Gewaltflüchtlinge aus Syrien und aus weiteren Ländern des Nahen und mittleren Ostens sind. Tausende von Menschen vegetieren in Kälte und Dreck vor sich hin. Nachdem sie den Gräueln des Bürgerkriegs und den Schlepperbanden entronnen sind, sitzen sie nun in der Falle der europäischen Abschreckungspolitik.

EU-FLÜCHTLINGSDEAL IST BANKROTTERKLÄRUNG

Der Deal der EU mit der Türkei ist eine Bankrotterklärung der EU-Flüchtlingspolitik und hebt die Genfer Flüchtlingskonvention aus. Kollektive Rückschaffungen (Pushbacks) in die Türkei sind illegal. Die Grünen Schweiz unterstützen stattdessen die Vorschläge der europäischen Grünen für eine neue, gesamteuropäische Flüchtlingspolitik als Alternative zum gescheiterten Dublin-System[1].

Der Vorstand der Grünen fordert den Bundesrat dazu auf:

- Die 2015 beschlossene, zusätzliche Aufnahme von 3000 syrischen Flüchtlingen über humanitäre Visa und das Resettlement-Verfahren zu beschleunigen und im Sommer 2016 statt erst 2018 abzuschliessen.
- Ein grosszügiges Kontingent von besonders verletzte Personen und Familien mit Kindern aus Idomeni und anderen griechischen Orten aufzunehmen und dabei auch private Initiativen zu berücksichtigen.
- Die finanziellen und personellen Mittel für die Hilfe vor Ort rasch weiter aufzustocken – nachdem der Nationalrat dies auf Antrag der Grünen und gegen die Stimmen der SVP unterstützt hat.
- Medizinische Soforthilfe in die Flüchtlingscamps an der europäischen Aussengrenze zu schicken.
- Auf die Rückschaffungen von Flüchtlingen in überforderte Länder an der Schengen-Aussengrenze oder in den Transit-Korridoren zu verzichten.
- Das Botschafts asyl wiedereinzuführen, damit Asylanträge ohne gefährliche Reise wieder möglich sind und sich für sichere Reisewege für Flüchtlinge einzusetzen (Safe passage).
- sich für eine gesamteuropäische menschenrechtskonforme Flüchtlingspolitik einzusetzen und dafür sorgen, dass im Sinne der humanitären Tradition, mit gutem Beispiel voranzugehen.

[1] <http://bit.ly/dublin-alternative>

Verabschiedet vom Vorstand GRÜNE Schweiz am 19.3.2016